

Das Thema

Die Verantwortung der politischen und behördlichen Ebenen

Pressekonferenz in der Linksfraktion mit Petra Pau: Hintergründe des mörderischen Naziterrors zügig aufklären

Petra Pau, Innenexpertin der LINKEN, Bundestags-Vizepräsidentin und Mitglied des Untersuchungsausschusses auf Bundesebene, Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Martina Renner, die mit dem Mandat der LINKEN als stellvertretende Vorsitzende des Landtagsuntersuchungsausschusses gewählt wurde, informierten am 2. Februar auf einer Pressekonferenz im Erfurter Landtag über ihre Anforderungen an die parlamentarische Aufklärung des jahrzehntelangen unentdeckten Neonazi-Terrors und kritisierten bisher bestehende massive Blockaden der Behörden.

Dabei forderte Bodo Ramelow den Innenminister zu umfassender Information auf. Gegebenenfalls gehe die Linksfraktion sonst zum Verfassungsgerichtshof in Weimar. Es sei eine Frage der prinzipiellen Haltung, „wie wir mit dem Totalversagen der Behörden umgehen“. Der Fraktionsvorsitzende betonte zugleich, „solange Sachsen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verhindert, wird ein wichtiger Teil der parlamentarischen Aufklärung nicht zu leisten sein“. Warum die mörderische rechtsextreme Gefahr in der

Bundesrepublik „so lange und so gravierend unterschätzt wurde“ und „ob der Verfassungsschutz nützt oder eher schädlich ist“, nannte Petra Pau als wichtige Aufgaben der parlamentarischen Aufklärung, die in ein gesamtgesellschaftliches Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus münden müsse. Der Untersuchungsausschuss auf Bundesebene ist, wie der in Thüringen, fraktionsübergreifend eingesetzt worden.

Die Bundestagsvizepräsidentin verwies auf seriöse Recherchen, die von mehr als 150 Morden mit rechtsextremistischen Hintergrund seit 1990 in der Bundesrepublik ausgehen und sprach von zunehmender „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Zugleich werde die „Demokratie immer mehr entleert“ und schwinde der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Auch Petra Pau kritisierte massiv die Informationsblockaden der Behörden. Ihre Antworten auf Anfragen der Bundestagsfraktion der LINKEN könne man in etwa so zusammenfassen: „Sie haben nichts gewusst, aber auch das Nicht-Gewußte wurde noch geheim gehandelt.“

Martina Renner betonte, dass die Linksfraktion den Untersuchungsausschuss nicht als eine bessere Ermittlungsbehörde betrachte. Vielmehr gelte es, die „Verantwortung der politischen Ebenen und der behördlichen

Ebenen für das Versagen und Fehlverhalten im Zusammenhang mit dem Entstehen der Naziterrororganisation in den Blick zu nehmen“. Dabei stünden „eine ganze Menge Fragen im Raum, die dringend geklärt werden

ebenso eine Übersicht sämtlicher Aktenbestände“, forderte Martina Renner.

Die stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses verwies auf dessen Konstituierung am 16. Februar und seine erste reguläre Sitzung



müssen“. Die LINKE wolle eine Anhörung des Untersuchungsausschusses mit Gutachten und Sachverständigen zur Geschichte, Entwicklung und Verbreitung des Neonazismus in Thüringen. „Und wir wollen alle Dokumente, die in der Öffentlichkeit bereits eine Rolle spielen, vorgelegt bekommen,

am 8. März. Sie hoffe auf eine zügige Beratung der von der Linksfraktion vorgelegten Novellierung des Untersuchungsausschussgesetzes (siehe auch Beitrag unten), damit „Befugnisse und Rechte des Untersuchungsausschusses gegenüber der Landesregierung gestärkt werden“.

LINKE Novelle des Untersuchungsausschussgesetzes

Nach Artikel 64 der Thüringer Verfassung kann ein Fünftel der Abgeordneten erzwingen, dass ein Untersuchungsausschuss zu einer bestimmten Thematik eingerichtet wird. Das geltende Thüringer Untersuchungsausschussgesetz (UAG) muss so umgestaltet werden, dass seine bisherige Tendenz - eher ein Schutzinstrument zugunsten der Regierung zu sein - so verändert wird, dass es zu einem wirksamen Kontrollwerkzeug des Parlaments - insbesondere der Opposition - gegenüber der Regierung, wird. Wichtigstes Instrument dazu: eine weitgehend ungehinderte und unabhängige Sachverhaltsaufklärung im U-Ausschuss.

Mit ihrem Gesetzentwurf will die LINKE die Instrumente für transparente Sachaufklärung und die Rechte von (oppositionellen) „Abgeordneten-Minderheiten“ in U-Ausschüssen stärken. Schwerpunkte der Änderungen sind: Festlegung und Ausweitung des Untersuchungsauftrages werden bei einem von einer Parlaments-Minderheit beantragten Ausschuss der Beeinflussung durch die (regierungstragende) Mehrheit weitgehend entzogen, in solchen Fällen ist die Zustimmung der Antragsteller erforderlich.

Im UAG wird das „Institut“ des unabhängigen Ermittlungsbeauftragten eingeführt und als Minderheitenrecht ausgestaltet. Vergleichbares gibt es schon in U-Ausschüssen des Bundes-

tages. Der U-Ausschuss erhält das Entscheidungsrecht über Zutritts- bzw. Teilnahmemöglichkeit der Landesregierung an den Beratungen des Gremiums, soweit sie nicht öffentlich sind (Beweisaufnahmen sind grundsätzlich öffentlich).

Der Ausschuss hat damit einen eigenen „Beratungsfreiraum“ gegenüber der Regierung. Das ist z.B. wichtig für die ungestörte Diskussion über das strategische Vorgehen bei der Sachaufklärung. Katalog und Reichweite der Ablehnungsgründe für die Zulassung von Beweisanträgen und die Herausgabe von Akten sowie der Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit werden auf das verfassungsrechtlich notwendige Maß beschränkt. Die Öffentlichkeit, z.B. Universitäten und Journalisten, erhalten einen leichteren Zugang zu den Unterlagen des U-Ausschusses.

Im Hinblick auf Untersuchungsausschüsse, deren Untersuchungsgegenstände auch privatwirtschaftliche Sachverhalte berühren, wird der bisher geltende „Betroffenen-Status“ für Unternehmen abgeschafft und für andere „Betroffene“ (z.B. Privatpersonen) auf das verfassungsrechtlich notwendige Maß beschränkt. Der Entwurf des Abschlussberichts wird von einem paritätisch besetzten Unterausschuss verfasst. Die Ausschuss-Minderheit erhält das Recht zu einem eigenen umfassenden Sondervotum („alternativer Abschlussbericht“).

S. Steck



Der Opfer des Faschismus gedacht

Mit einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald wurde am 27. Januar der Opfer des deutschen Faschismus gedacht. Neben Überlebenden des faschistischen Konzentrationslagers nahm der Präsident des italienischen Senats, Renato Schifani, als Ehrengast an der Gedenkveranstaltung teil. Auch Landtagspräsidentin Birgit Diezel, Staatskanzlei-Ministerin Marion Walsmann, Bodo Ramelow, Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE, Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen sowie Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf ehrten die Opfer des Faschismus.

Am Vormittag hatten Landtag und Landesregierung mit einer Gedenkveranstaltung an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft erinnert. „Unser Gedenken ist den Millionen Opfern gewidmet, die der Nationalsozialismus in aller Welt gefordert hat“, sagte Birgit Diezel. „Wir verneigen uns in ehrendem Gedenken vor all jenen Menschen, die dem Rassenwahn, der Grausamkeit und Intoleranz zum Opfer fielen. Wir wollen die Erinnerung an ein sich immer weiter entfernendes Menschheitsverbrechen wach halten, nicht um Schuldgefühle hervorzurufen, sondern um Verantwortungsbewusstsein zu wecken.“

Die Gedenkveranstaltung wurde von Landtagspräsidentin Birgit Diezel und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht mit einer Ansprache eröffnet. Ottomar Rothmann, ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald und Mitglied im Häftlingsbeirat, hielt die Gedenkrede. Foto: Stefan Wogawa